

Leserbrief**19. 08. 2011**

Thema	Parolen zu den Abstimmungsvorlagen vom 4. September 2011
Für Rückfragen	Valeria Rampone, Gemeinderätin, mob. 078 718 94 96
Absender	Gruppe Energie und Umwelt GEU / Grünliberale glp Dübendorf email : v.rampone@gmx.ch, Website : www.geu-duebendorf.ch
Datum	16. August 2011

Parolen der GEU/GLP Dübendorf

Die GEU/GLP Dübendorf hat an ihrer letzten Sitzung die Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 4. September gefasst. Eine Regelung zur Verbesserung des Datenaustauschs zwischen verschiedenen kantonalen und kommunalen Behörden, die zentrale Neuerung der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes, wird von der GEU/GLP begrüsst. Sie ermöglicht es den Sozialbehörden z. B. bei den kommunalen Fürsorgeämtern Auskünfte über Empfänger einzuholen oder weiterzuleiten und so Missbräuche wirksam zu bekämpfen. Weiterhin sollen vorläufig aufgenommene Asylbewerber nicht mehr wie bis anhin der Asylfürsorge sondern der Sozialhilfe zugewiesen werden. Diese Bewerber haben einen ablehnenden Entscheid ihres Asylantrags erhalten, können aber aktuell nicht in ihre Heimat zurück, da ihr Leben dort akut in Gefahr wäre. Heute erhalten sie finanzielle Unterstützung ohne eine echte Gegenleistung dafür erbringen zu müssen. Bei Annahme der Teilrevision hätten sie die gleichen Bedingungen zu erfüllen wie andere Sozialhilfeempfänger, insbesondere könnten sie für falsche Angaben gebüsst werden. Gegen diese Neuerung wurde das Referendum ergriffen mit dem Ziel, vorläufig Aufgenommene weiterhin der Asylfürsorge zu unterstellen. Die GEU/GLP ist einstimmig der Meinung, dass die Verbesserung im Bereich des Datenaustauschs dringend nötig ist. Da dieser Punkt vom Gegenvorschlag nicht bestritten wird, empfehlen wir beide Vorlagen anzunehmen und bei der Stichfrage den Gegenvorschlag (1.B) zu unterstützen.

Heute werden in den Gemeinden Weiterbildungskurse für Erwachsene im Bereich Hauswirtschaft angeboten, die zum Teil vom Kanton subventioniert werden. Der Kanton ist per Gesetz zu dieser Unterstützung verpflichtet und investiert ca. 1.3 Mio. jährlich. Dieses Gesetz soll nun aufgehoben werden. Die Gemeinden könnten so die Durchführung der Kurse vollumfänglich selbst bestimmen. Es ist nicht auszuschliessen, dass Gemeinden das Angebot aus Spargründen verkleinern oder ganz aufheben. Allerdings bieten viele Gemeinden schon heute Weiterbildungen an, die nicht vom Kanton unterstützt werden. Die GEU/GLP ist mehrheitlich der Meinung, dass diese Kompetenz ganz den Gemeinden übertragen und so der Kanton administrativ entlastet werden soll. Wir empfehlen daher die Annahme der Vorlage.

Der Kantonsrat hat das Bauprojekt für das PJZ mit aktiver Hilfe der GLP abgelehnt. Nun soll folgerichtig das dazugehörige Gesetz aufgehoben werden. Die GEU/GLP ist überzeugt, dass dieses Projekt von Anfang an grosse Schwächen aufwies, die von verschiedener Seite kritisiert wurden. Einerseits wurde der vom Volk angenommene Kredit deutlich überschritten. Andererseits ist der Synergieeffekt, der durch die Zusammenlegung verschiedener Abteilungen hätte erreicht werden sollen, nicht ausgewiesen. Verschiedene Abteilungen wurden wieder aus dem Projekt ausgeschlossen und würden weiterhin dezentral betrieben. Unter dem Strich wäre es günstiger, den Status quo zu belassen und an einem geeigneteren Ort ein neues Gefängnis zu bauen. Die GEU/GLP empfiehlt daher einstimmig die Annahme der Vorlage.

Die Volksinitiative ‚Für einen wettbewerbsfähigen Kanton Zürich‘ möchte die Vermögenssteuer durchgehend halbieren. Dies hätte massive Steuerausfälle in Höhe von je über 300 Mio. für Kanton und Gemeinden zur Folge. Geld, das an allen Ecken und Enden fehlen würde. Profiteure wären vor allem hohe und sehr hohe Vermögen, während die kleinen und mittleren Vermögen kaum entlastet würden. Die GEU/GLP empfiehlt einstimmig, die Vorlage abzulehnen.